

TSCHECHIEN

Gewerkschaftsmonitor

September 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit den Parlamentswahlen im Oktober 2021 bilden insgesamt fünf Parteien die stark wirtschaftsliberale und kulturell tendenziell konservative Regierungskoalition in Tschechien: die Bürgerdemokraten von der ODS (Občanská demokratická strana, Demokratische Bürgerpartei), die christdemokratische KDU-ČSL (Československá strana lidová, Christliche und Demokratische Union) und ihre liberalere Abspaltung TOP 09 (tradice, odpovědnost, prosperita, Tradition, Verantwortung, Prosperität), die als Zusammenschluss von Bürgermeister*innen entstandene STAN (Starostové a nezávislí, Bürgermeister*innen und Unabhängige) sowie die Piraten-Partei. Den Großunternehmer und Medienmogul Andrej Babiš von der Ein-Mann-Partei ANO (akce nespokojených občanů, Aktion unzufriedener Bürger), die mit den Sozialdemokraten als Juniorpartner bis dahin regiert hatte, löste nach einem knappen Wahlausgang als Premierminister Petr Fiala von der ODS ab.

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes stand vor allem die Person von Andrej Babiš, dem unter anderem Interessenskonflikte und EU-Subventionsbetrug vorgeworfen werden. Ihn abzuwählen war entsprechend das erklärte Hauptziel der fünf Parteien, die sich zu diesem Zweck zu zwei Wahlbündnissen vereint haben. Dadurch gerieten jedoch jedwede programmatischen Auseinandersetzungen in den Hintergrund. Es kam im Gegenteil zu einer Konsolidierung des Parteienspektrums in zwei sich gegenüberstehende, verhärtete Lager. Die Spaltung zwischen ihnen kopiert tiefere Konfliktlinien in der tschechischen Gesellschaft, vereinfacht ausgedrückt die zwischen den Wendegewinnern und -verlierern, die jedoch vom Stellvertreterkonflikt um die Person von Babiš weitgehend überdeckt und damit politisch unverarbeitet bleiben.

ANO bildet nun zusammen mit der Rechtsaußen-Partei SPD (Svoboda a přímá demokracie, Freiheit und direkte Demokratie) die parlamentarische Opposition. Die politische Linke

ist hingegen marginalisiert – sowohl die sozialdemokratische ČSSD (Česká strana sociálně demokratická, Tschechische Sozialdemokratische Partei, seit Juni 2023 im Rahmen einer Image-Erneuerung in SOCDEM, Sociální demokracie, Sozialdemokratie umbenannt) als auch die Kommunisten von der KSČM (Komunistická strana Čech a Moravy, Kommunistische Partei Böhmens und Mährens), haben erstmals seit 1989 den Wiedereinzug in das Parlament verpasst. Die Gründe dafür sind komplex, zu den wichtigsten gehören sicherlich die Wähler*innenwanderung von konservativeren Sozialdemokrat*innen in das Lager von Babiš sowie die Abkehr von liberal eingestellten Linken aufgrund der Regierungskoalition der ČSSD mit Babiš in den vorausgegangenen zwei Amtszeiten.

Die Fiala-Regierung sah sich seit ihrem Amtsantritt mit einigen Herausforderungen konfrontiert. Während die Covid-Pandemie in den ersten Monaten ihrer Amtsperiode auch ohne ihr besonderes Zutun abklang, änderte die russische Aggression in der Ukraine die politischen Rahmenbedingungen vollkommen, zumal die tschechischen Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2022 auch maßgeblich die Reaktion der gesamten EU hierauf mitgestaltete.

Galt das Land zunächst (und im Kontrast zu seiner Haltung bei der Flüchtlingswelle nach 2015) als Musterschüler, was die staatliche wie private Bereitschaft zur Aufnahme und Versorgung von Hunderttausenden ukrainischer Geflüchteten angeht, zeigen sich mit der Zeit sowohl diverse Schwierigkeiten der offiziellen Stellen bei deren längerfristiger Integration als auch ein stetig sinkender Rückhalt für Integrations- sowie militärische Hilfe in der Bevölkerung.

Neben allgemeinen Ermüdungseffekten kann letzteres auch auf die miserable Performance der Regierung bei der Bewältigung der Energie- und Inflationskrise zurückgeführt werden. Nicht nur ließ sie aufgrund ihrer Laissez-Faire-Überzeugung und der Bedienung ihrer Klientel, zu der unter anderem das große Business zählt, Tschechien zu einem der europäischen Spitzenreiter bei der Teuerung und dem damit einhergehenden Reallohnverlust aufsteigen, sondern wählte

auch noch die unglückliche Kommunikationsstrategie, dass die so entstandenen sozialen Schief lagen als unvermeidbarer und bereitwillig zu entrichtender Kriegszoll zu betrachten seien.

Tatkräftig konzentriert sie sich stattdessen auf die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, deren vermeintlich katastrophale Lage der Vorgängerregierung als Folge von angeblicher »populistischer Verschwendung« in die Schuhe geschoben wird. Es bleibt fraglich, ob die gegenwärtige Verschuldung – die zwar nach wie vor wächst, aber insgesamt nur knapp die Hälfte des EU-Durchschnitts beträgt – ausgerechnet in dieser Situation ein solches Durchgreifen rechtfertigt, wie es das Kabinett im Mai 2023 mit einem großen Sparpaket beschloss und bis Jahresende umgesetzt sehen möchte.

Das Konsolidierungspaket enthält jedenfalls mehr als fünfzig teils kleinteilige Austeritätsmaßnahmen, deren Kosten in ihrer Gesamtwirkung überwiegend von den ohnehin schon gebeutelten Arbeitnehmer*innen zu tragen sein werden. Den gewerkschaftlichen Berechnungen zufolge könnte eine durchschnittliche Familie damit bis zu einem Fünftel ihres verfügbaren Einkommens einbüßen. Hohe Einkommen und Erbschaften, die auch im internationalen Vergleich großen Eigentumsungleichheiten sowie Gewinne der Krisenprofiteure bleiben hingegen weitgehend unangetastet.

Während es die mit grundlegendsten Aspekten ihrer Erneuerung befasste Sozialdemokratie nicht schafft, das Potenzial dieser Situation politisch für sich zu nutzen, haben sich die Gewerkschaften umgehend mit einer flächendeckenden Streikdrohung gegen das Sparpaket in Stellung gebracht, der Vorstufe eines Generalstreiks. Ob die Reformen unter diesem Druck noch in nennenswerter Weise abgeschwächt werden können und wie das politische Kräftemessen der involvierten Akteure ausfällt, bleibt offen.

Derzeit scheint die Regierung jedenfalls kaum zu Zugeständnissen bereit, zum einen, weil ein Generalstreik letztlich unrealistisch ist, zum anderen, weil sie sich trotz ihrer derzeit rekordverdächtigen Unbeliebtheit der Unterstützung ihres Wähler*innen-Lagers am Ende doch sicher sein kann. Die Position der Gewerkschaften in der Auseinandersetzung schwächt währenddessen der deutliche Misserfolg des amtierenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS (Českomoravská konfederace odborových svazů, Böhmisches-mährische Gewerkschaftskonföderation) Josef Středula bei der Präsidentschaftswahl Anfang 2023. Bei der Stichwahl konnte sich letztlich der ehemalige Berufssoldat und NATO-Offizier Petr Pavel gegen Andrej Babiš durchsetzen.

Mittelfristig liegt ein zentraler politischer Unsicherheitsfaktor in der großen Anzahl der Nichtwähler*innen bzw. der fast 1 Million Wähler*innen, deren Stimmen seit der letzten Wahl aufgrund der 5-Prozent-Hürde nicht im Parlament repräsentiert sind. Die allermeisten hatten für kleine, teils radikale Protestkräfte gestimmt. In diesem Lichte betrachtet war die letzte Parlamentswahl mitnichten ein nachhaltiger Triumph der »demokratischen Kräfte«, sondern lediglich deren sehr knap-

per Etappensieg über populistische und Anti-System-Kräfte, den die Regierung möglicherweise gerade dabei ist, mit ihrer Austeritätspolitik zu verspielen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die tschechische Wirtschaft zeichnet sich, ähnlich wie andere mittelosteuropäische Transformationsländer, durch eine hohe Abhängigkeit von ausländischen Absatzmärkten sowie Investitionen aus. Darüber hinaus weist sie traditionell auch einen besonders hohen Industrie-Anteil aus – im verarbeitenden Gewerbe, meist allerdings preisabhängigen Zulieferbetrieben, arbeitet mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen.

Die allermeisten tschechischen Exporte gehen in andere EU-Länder, besonders enge beidseitige Handelsbeziehungen bestehen zu Deutschland. Risiken für die langfristige Stabilität der Wirtschaft birgt mit einem Anteil von etwa einem Viertel an den Gesamtexporten insbesondere die hohe Abhängigkeit von der Automobilindustrie, in der große Umwälzungen wie der Übergang zur Elektro- oder Plattformmobilität vorstattengehen, über welche jedoch die strategischen Entscheidungen in den ausländischen Konzernzentralen gefällt werden.

Die Profitabilität für ausländische Investoren gehört in Tschechien zu den EU-weit höchsten, für 2022 wurden von ihnen ca. 20 Milliarden Euro Gewinne erwirtschaftet. Der Anteil der Reinvestitionen betrug dabei nur ca. 40 Prozent des Gesamtumfangs, der Rest fließt nach diesen offiziellen und entsprechend eher konservativen Angaben jährlich ins Ausland ab. Somit bleiben auch die Löhne hinter der Produktivität der Volkswirtschaft zurück und die aktuellen massiven Kaufkraftverluste, die im Kontrast zu hohen Gewinnmargen in zahlreichen Branchen stehen, werden diese für die Arbeitnehmer*innen unvorteilhafte Beschaffenheit der tschechischen Wirtschaft nur verstärken.

Bereits davor war der materielle Lebensstandard der Bevölkerung dürrig, obwohl sich die üblichen makroökonomischen Indikatoren wie Wachstum des BIP oder Arbeitslosenquote für das Land lange positiv entwickelt hatten. Das hat nicht zuletzt auch politische Konsequenzen, wenn etwa enttäuschte Hoffnungen an eine Konvergenz mit dem Westen die Gestalt von im Lande überdurchschnittlich verbreiteter Europaskepsis annehmen.

Der gesetzliche Mindestlohn (720 Euro monatlich / 4,50 Euro pro Stunde) gehört zu den niedrigsten in der EU, als Äquivalent von nur ca. 43 Prozent des Medianeinkommens liegt er weit unter der Armutsgrenze. Der Durchschnittslohn beträgt nach einer Nominalsteigerung von über 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr aktuell 1719 Euro brutto. Eine der höchsten Inflationsraten in der EU verursacht jedoch zwischen 2022 und 2023 letztlich, dass die Löhne real um genauso viel gesunken sind. Schon 2022 wurde gemessen an den notwendigen Ausgaben von Arbeitnehmer*innenhaushalten, deren Höhe oftmals das Niveau in reicheren westlichen Staaten bereits erreicht oder gar überholt hat, auf ca. zwei Dritteln der

tschechischen Stellen kein existenzsichernder Lohn gezahlt, die Zahl wird für das aktuelle Jahr angesichts der Lage voraussichtlich weiter steigen.

Die Regierung ergriff weder wirksame Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, die 2023 Schätzungen zufolge nach wie vor um die 11 Prozent betragen wird, noch kann sie nennenswerte Mühen zur Abfederung ihrer sozialen Folgen vorweisen. Auch die tschechische Wirtschaft als Ganzes stagniert derzeit, das BIP wird sich laut Prognosen in diesem Jahr um die Null bewegen. Dennoch hat die Regierung im Gegenteil die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen zu ihrem Hauptziel ausgerufen. Die Staatsverschuldung Tschechiens wächst zwar derzeit am schnellsten in der EU, beträgt jedoch mit ca. 45 Prozent des BIP nur etwas mehr als die Hälfte des EU-Durchschnitts.

Über das im Mai 2023 beschlossene Sparpaket werden im Detail noch Auseinandersetzungen geführt, am zentralen Austeritätsrincip, dass die Konsolidierung insbesondere von Arbeitnehmer*innen zu tragen sein wird und spürbare Einschnitte in die öffentliche Daseinsvorsorge mit sich bringen wird, wird sich wohl kaum noch etwas ändern. Für die stark wirtschaftsliberale Regierung kommen wegen einer Mischung an ideologischer Überzeugung und Klientelpolitik für Besserverdiener, Unternehmer und Rentiers kaum Maßnahmen auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes in Betracht.

Dabei gäbe es für solche in dem Land mit einer Einkommens-Flat-Tax und so niedrigen Eigentums- und Firmensteuern, dass sogar internationale Organisationen wie die OECD seit längerem dringend dazu raten, diese zu erhöhen, besonders viel Spielraum. Umso mehr in einem Augenblick, in dem für Tschechien eine extrem hohe Eigentumsungleichheit festgestellt wird (mit 36 Prozent des Eigentums in Händen des reichsten Prozents der Bevölkerung rangiert das Land nicht nur vor den meisten europäischen Staaten, sondern sogar vor den USA) und in dem zahlreiche Branchen in der Krise ihre Gewinne vervielfachen konnten, die von einer absichtlich ineffektiv konstruierten Übergewinnsteuer weitgehend unangetastet bleiben.

Es erscheint kaum denkbar, dass die derzeitige soziale Krise, ihre zu erwartende weitere Verschlechterung durch die Regierungspolitik und die daraus entstandenen Schieflagen und Vertiefungen von sozialer Ungerechtigkeit mittelfristig ohne politische Folgen bleiben. Aus heutiger Sicht spricht allerdings leider zugleich wenig dafür, dass daraus eine Stärkung der linken politischen Kräfte erwachsen wird.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Gewerkschaften haben in einem Land, dessen Gesellschaft als postkommunistisches Erbe besonders stark im neoliberalen Diskurs verhaftet ist, welcher schon mal gern die Gewerkschaften als kommunistisches Überbleibsel delegitimiert, und dessen Wirtschaft hochgradig von ausländischem Kapital abhängig ist, kein einfaches Terrain. Sie führen einen Kampf um basale gesellschaftliche Anerkennung bei

strukturell begrenzter Handlungsfähigkeit. Die damit zusammenhängende, vergleichsweise schwache Mitgliederbasis ist direkt mit der Frage ihrer Finanzierung verknüpft, deren Knappheit sich in eher schwachen professionellen Strukturen manifestiert, was wiederum die gewerkschaftliche Tatkraft und Handlungsspielräume negativ beeinflusst. Ein Teufelskreis, aus dem es schwer ist auszubrechen.

Gewisse Erfolge diesbezüglich können dem aktuellen Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS, Josef Středula, zugerechnet werden. Im Frühjahr 2022 mit überwältigender Mehrheit bereits für die dritte vierjährige Amtsperiode wiedergewählt und seit 2019 ebenfalls stellvertretender Vorsitzender des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ist er eine charismatische und gut vernetzte Person. In seiner mittlerweile neunjährigen Amtszeit hat er dem Gewerkschaftsdachverband einen modernen und professionellen Anstrich verpasst, Stimme der Gewerkschaften gesamtgesellschaftlich relevanter werden lassen und den Mitgliederschwund zumindest ausgebremst.

Unter seiner Führung wird seit 2015 die landesweite Kampagne »Ende der billigen Arbeit« organisiert, das Kernstück davon sind große Kundgebungen, um die alljährlichen Tarifverhandlungen mit koordinierten Forderungen einzuläuten. Damit waren die Gewerkschaften bis zur gegenwärtigen Inflationskrise recht erfolgreich, die Löhne waren jahrelang in einem relativ hohen Tempo gewachsen. Aktuell müssen sie jedoch hohe reale Verluste hinnehmen, auch weil die Regierung auf die gewerkschaftlichen Vorschläge zur Inflationsbekämpfung, beispielsweise Preisdeckelungen, in keinsten Weise eingegangen ist.

Mit der Austeritätsregierung, dem Niedergang der Sozialdemokratie als traditionellem politischen Partner, den massiven Reallohnverlusten und der wirtschaftlichen Stagnation stehen die Gewerkschaften derzeit vor besonderen Herausforderungen. In diese gehen sie einerseits geschwächt, u. a. weil sie während der Energie-Krise einige Debakel bei von ihnen organisierten Demonstrationen erleben mussten, während extremistische Kräfte um ein Vielfaches bessere Mobilisierungsfähigkeit bewiesen haben. Ebenfalls hat die Kandidatur von Josef Středula für das Amt des Staatspräsidenten 2022/23 nur mäßigen Rückhalt in der Mitgliederbasis gefunden und seiner persönlichen Zugkraft geschadet. Die längerfristigen Folgen für die Gewerkschaften bleiben noch offen, kurzfristig bedroht ist Středula in seiner Funktion jedoch nicht.

Andererseits ist in jüngster Zeit eine durchaus ungewöhnliche Welle von konkreten Arbeitskämpfen zu verzeichnen. Erste Auslöser lagen bereits in der Pandemie, die die Prekarität und unzureichende Geldreserven breiter Teile der Bevölkerung zutage förderte, gefolgt von der gegenwärtigen Kaufkraftkrise, die für Beschäftigte im öffentlichen Sektor durch die Sparmaßnahmen der Regierung noch bedrohlicher wirken muss. Diese bleiben bislang zwar zersplittert und begrenzt, einige finden auch außerhalb der Gewerkschaftsstrukturen statt, wo es sich um nicht organisierte Solo-Selbständige handelt. Es könnte sich dennoch um den Anfang einer nachhaltigeren Veränderung in der Kampfbereitschaft der Beschäftigten um

bessere Löhne und Arbeitsbedingungen sowie möglicherweise auch eine Rehabilitierung der Rolle der Gewerkschaften handeln.

GEWERKSCHAFTEN IN TSCHECHIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der stärkste tschechische Dachverband ČMKOS entstand – über mehrere Umbenennungen – aus den im Laufe der Samtenen Revolution gebildeten Betriebs- und Streikkomitees, die den alten Dachverband ROH übernahmen. Man trat damit quasi die Nachfolge der früheren kommunistischen Staatsgewerkschaft an, übernahm auch deren Vermögen und blieb mit einer neuen, unbelasteten Führung die dominierende Konföderation, da die Mehrheit der ROH-Mitgliedsorganisationen dem alt-neuen Gewerkschaftsbund beitrug. Als sich die Tschechoslowakei 1993 in zwei Staaten aufteilte, spaltete sich die Struktur in einen Dachverband für die Tschechische Republik, ČMKOS, und einen für die Slowakische Republik, KOZ SR.

Die Transformation der Gewerkschaften gestaltete sich nicht einfach. Sie hatten vor der Wende de facto kaum eine mitgestaltende Funktion in der Gesellschaft, gleichzeitig war aber Mitgliedschaft Pflicht, wollte man nicht als Regimegegner gelten. Dies hat ihr Ansehen naturgemäß nachhaltig beschädigt. Nach 1989 entstand nach und nach eine Landschaft an Betriebsorganisationen und sie vereinigenden Branchenverbänden, die man je nach Blickwinkel als pluralistisch oder aber zersplittert bezeichnen kann. Sie mussten ihre Legitimität im neuen, stark neoliberal geprägten System hart erkämpfen und der Prozess ist bei weitem noch nicht abgeschlossen. Auch wurden nach der Wende für ihre Existenz und Arbeit solche rechtlichen Grundlagen geschaffen, die sie in vielerlei Hinsicht strukturell benachteiligen.

Als ein politischer Akteur mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz erwiesen sich die Gewerkschaften in jüngster Vergangenheit vor allem 2012, als sie in einer breiteren gesellschaftlichen Allianz Träger der Proteste gegen die Regierung des konservativ-neoliberalen Premierministers Petr Nečas (ODS) waren, die massive Kürzungen der öffentlichen Daseinsvorsorge androhte und umzusetzen begann. Die Proteste trugen maßgeblich zum Fall dieser Regierung bei und hievten die sozialdemokratisch geführte Regierung von Bohuslav Sobotka ins Amt.

An dieses Momentum konnten die Gewerkschaften noch anknüpfen, als 2014 Josef Středula, zuvor Vorsitzender der lautstarken Metallgewerkschaft, zum Vorsitzenden des Gewerkschaftsdachverbandes ČMKOS gewählt wurde. Seitdem hat sich einerseits das Image der Gewerkschaften verbessert und sie konnten ihre gesellschaftliche Relevanz ausbauen. Andererseits reicht ihre aktuelle Mobilisierungsfähigkeit, auch aufgrund des Wegbrechens langjähriger, parteipolitischer und zivilgesellschaftlicher Verbündeter, bei weitem nicht an die damalige Stärke heran, trotz einer aktuell ähnlich gelagerten sozialen Situation und einer Austeritätsergiebung im Amt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Das wichtigste Vertretungsorgan für die Beschäftigten in Tschechien und der zentrale Baustein im tschechischen Gewerkschaftssystem, von dem die Macht in den Strukturen ausgeht, ist die gewerkschaftliche Grundorganisation auf Betriebsebene, die von mindestens drei Mitarbeiter*innen gegründet werden kann. Ihre Tätigkeit wird in der Regel auf ehrenamtlicher Basis betrieben, auf Freistellungen gibt es keinen gesetzlichen Anspruch. Ein System von Betriebsräten mit einer gewissen Unabhängigkeit von Gewerkschaftsstrukturen, wie sie z. B. in Deutschland vorhanden sind, gibt es in Tschechien nicht. Es existiert zwar eine gesetzliche Grundlage dafür, neben betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen erscheint ihre Gründung jedoch meist sinnlos.

Die Grundorganisationen treten – in der Regel auf der Grundlage der Zugehörigkeit ihrer Betriebe zu einer bestimmten Branche – auf freiwilliger Basis zentralen Einzelgewerkschaften bei. Die mit Abstand mitgliederstärkste Einzelgewerkschaft ist die der in der metallverarbeitenden Industrie Beschäftigten OS KOVO, was die herausragende Rolle dieser Branche in der tschechischen Wirtschaft widerspiegelt. In anderen Branchen sind weitaus weniger Arbeitnehmer*innen gewerkschaftlich organisiert, einige Gewerkschaftsverbände können gar nur niedrige dreistellige Mitgliedszahlen vorweisen. Selbständige, Arbeitslose, Arbeitsmigrant*innen, Leiharbeiter*innen oder Plattform-Arbeiter*innen gelten den Gewerkschaften in der Regel nicht als potenzielle Mitglieder. Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder betrug 2018 insgesamt 11,4 Prozent der Erwerbstätigen, was einen massiven Rückgang gegenüber 45 Prozent im Jahr 1995 darstellt. Für die letzten Jahre soll der Verfall aber laut Verlautbarungen der Gewerkschaften zumindest ausgebremst worden sein.

Die Branchenverbände schließen sich in der Regel einem der insgesamt drei Dachverbände an. Derzeit ist der Dachverband ČMKOS mit seinen 31 Einzelgewerkschaften der mitgliederstärkste und gleichzeitig einflussreichste. Eine gewisse Rolle spielt neben ČMKOS noch ASO (Asociace samostatných odborů, Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften), zusammen stellen sie die sieben Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innenseite in der sogenannten »Tripartitität«, dem »Rat der wirtschaftlichen und sozialen Übereinkunft«, einem Gremium, in dem Gewerkschaften und Arbeitgeber zu Regierungsvorhaben unverbindlich angehört werden. Das Gehör, das ihnen dabei geschenkt wird, ist je nach Regierungskonstellation unterschiedlich stark – derzeit wird eine auf absolutes Minimum beschränkte Gesprächsbereitschaft der Regierung bemängelt.

Durch die in den Betrieben wurzelnde Struktur – die Anzahl der betrieblichen Organisationen beträgt um die 6000 – und die historisch bedingte relativ hohe Anzahl der Branchenverbände ist das gewerkschaftliche Spektrum in Tschechien einerseits fragmentiert und dezentral. Andererseits kommen kaum neue Abspaltungen hinzu. Höchstens kommt es zu einem Ausstieg einzelner Betriebsorganisationen aus der Branchengewerkschaft, wie dies z. B. 2014 der folgenreiche Fall bei allen drei mitgliederstarken Škoda-Werken war. Gleichzeitig erweisen sich aber auch jedwede Fusionsversuche, die bei

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Tschechien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Českomoravská konfederace odborových svazů, ČMKOS (Tschechisch-mährischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Josef Středula Stv. Vorsitz: Vít Samek, Radka Sokolová	250 000– 280 000	IGB, EGB
Asociace samostatných odborů, ASO (Vereinigung unabhängiger Gewerkschaften)	Vorsitz: Bohumír Dufek Stv. Vorsitz: Martin Engel, Martin Malý, Josef Hlahůlek	60 000– 80 000	–

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Tschechien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Odborový svaz KOVO, OS KOVO (Metallgewerkschaft)	ČMKOS	Vorsitz: Roman Ďurčo Stv. Vorsitz: Libor Dvořák, Ivo Kužel, Tomáš Valášek	keine offiziellen Informationen; wahrscheinlich zwischen 60 000 und 80 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Odborový svaz zdravotnictví a sociální péče, OSZSP (Gewerkschaft für Gesundheits- und Sozialwesen)	ČMKOS	Vorsitz: Dagmar Žitníková Stv. Vorsitz: Lubomír Francl, Jana Hnyková	k. A.	PSI, EPSU
Odborový svaz, ECHO (Gewerkschaft Energie und Chemie)	ČMKOS	Vorsitz: Karel Klusák	k. A.	IndustriAll, IndustriAll Europe

der Anzahl von einzelnen Verbänden zugunsten von Schlagkraft durchaus ratsam wären, als kaum durchsetzbar. Dies ist nicht zuletzt wegen der Besitztümer, über die man keine Handlungshoheit verlieren möchte, aber auch anderweitiger Rivalitäten und persönlicher Verquickungen der Fall.

Die wichtigste Finanzierungsquelle der Gewerkschaften stellen die Mitgliedsbeiträge dar. Grundorganisationen erhalten in der Regel ein Prozent des Nettoeinkommens ihrer Mitglieder. Davon entrichten sie unterschiedlich hohe Anteile an die Branchengewerkschaften, die wiederum einen Teil davon an die Dachverbände überweisen. Diejenigen Einzelgewerkschaften, die eine direkte Nachfolge der Verbände von vor 1989 angetreten haben, verfügen darüber hinaus über zum Teil große Vermögen (z. B. historische Gebäude in der Prager Innenstadt), und damit über eine deutlich bessere finanzielle Ausstattung als andere, was ihnen zu einer entsprechenden starken Stellung verhilft, aber eben auch Fusionen verhindert. Die Gewerkschaften profitieren auch von staatlichen Programmen zur Förderung des sozialen Dialogs und beantragen regelmäßig Mittel aus den EU-Fonds.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Sowohl die historisch bedingte und rechtlich nach 1989 weitergeführte, auf betrieblichen Grundorganisationen basierende Struktur der Gewerkschaften als auch die Tatsache, dass ihnen relativ wenig Rechte konkret und verbindlich gesetzlich garantiert sind, bedingt die insgesamt nicht einfache Position der tschechischen Gewerkschaften.

Dass der Schwerpunkt auf betrieblicher Ebene mehrfach ungünstig ist, liegt auf der Hand: vielfach sind die Vorstandmitglieder der Organisationen für ihre Tätigkeit noch nicht mal freigestellt, denn eine gesetzliche Pflicht gibt es dazu nicht; von einer weitergehenden Professionalisierung, die für Verhandlungen mit dem Management notwendig wäre, ganz zu schweigen. Das betreffende Personal macht es ebenfalls verwundbarer gegenüber Einschüchterungsversuchen von der Arbeitgeberseite. Auch führt die Betriebsbezogenheit dazu, dass selbst aktiven Gewerkschafter*innen chronisch der Blick für gesamtgesellschaftliche Fragen und Probleme wie den Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge oder den Klimawandel fehlt.

Schwierigkeiten bereitet den Gewerkschaften auch eine gesetzliche Regelung, die dem Recht auf Versammlungsfreiheit nachkommt und der zufolge es in einem Betrieb mehrere gewerkschaftliche Organisationen geben kann. Da sie aber alle einem gemeinsamen Kollektivvertrag zustimmen müssen, öffnet dies Tür und Tor für Organisationen, die nur zum Zwecke der Störung des Verhandlungsprozesses gegründet werden, nicht selten von den Arbeitgebern unterstützt.

Die Anzahl der Punkte, zu denen die Arbeitgeber die Gewerkschaften verbindlich befragen bzw. mit ihnen Regelungen treffen müssen, ist außerordentlich gering. Die betrieblichen Organisationen haben das Recht, sog. Kollektivverträge zu verhandeln, in denen sowohl Entgelthöhe als auch weitere Arbeitsbedingungen (z. B. Arbeitszeit, Urlaubsanspruch) bestimmt werden können; es gibt jedoch keinen verbindlichen

Themenkatalog, zu dem in den Verträgen Stellung bezogen werden müsste.

Die Kollektivverträge sind nach ihrem erfolgreichen Abschluss auch für Nichtmitglieder gültig, was dazu führt, dass die Gewerkschaften probieren, durch andere Vergünstigungen und Angebote Mitglieder zu werben. Dies führt letztlich aber dazu, dass sie eher als Dienstleister, denn als politische Vereinigung angesehen werden, was wiederum greifbare Folgen für ihre Mobilisierungsfähigkeit hat. Der Abschluss von sog. Kollektivverträgen höheren Rangs, d.h. Vereinbarungen auf (Teil-)Branchenebene, mit denen man die Schwierigkeiten der Verhandlungen auf Betriebsebene umgehen würde, wird häufig aus ebendiesen Gründen von Arbeitgebern folgenlos verweigert.

Verbindlich befragt werden müssen Gewerkschaftsorganisationen nur, wenn einem Mitglied ihres Vorstandes gekündigt werden soll. In Aufsichtsräten sind Arbeitnehmer*innen nur bei Betrieben mit mindestens 500 Beschäftigten vertreten und dies nur mit einem Drittel der Stimmen, sie haben daher kaum realen Einfluss. Gestreikt werden darf nach einer strikten Auslegung lediglich im Falle von gescheiterten Kollektivverhandlungen, die rechtlichen Voraussetzungen dafür sind im Einzelnen enorm hoch und verlangen von den Arbeitskämpfenden ein besonders hohes Durchhaltevermögen über eine in der Regel recht lange Zeit. Dies geht so weit, dass es Stimmen gibt, die bezweifeln, dass man das Streikrecht überhaupt noch als gegeben ansehen kann. Gepaart mit einer ohnehin gegebenen Zurückhaltung führt dies dazu, dass im Lande kaum gestreikt wird.

Bei für Arbeitnehmer*innen relevanter Gesetzgebung wird die Meinung der Gewerkschaften im Rahmen der Tripartitität eingeholt, einem beratenden Organ der Regierung, das je nach politischer Couleur mehr oder minder intensiv und verbindlich zu Rate gezogen wird.

Neben der Frage der in den Strukturen begründeten Macht und den gesetzlich verankerten Rechten, werden ihre Arbeitsbedingungen genauso von ihrem gesellschaftlichen Bild bestimmt. Historisch bedingt erlangten Gewerkschaften noch keine breit anerkannte Legitimität und sind noch oft heftigen öffentlichen Anfeindungen von den Arbeitgebern, der Politik und den Medien ausgesetzt. Ebenfalls ist deswegen ihre Mitgliederbasis recht schwach, was sich in die relative Schwäche der Strukturen übersetzt, die nur vereinzelt über notwendige fachliche Kapazitäten und kaum noch ein internes Bildungssystem verfügen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die beschriebenen strukturellen, rechtlichen und diskursiven Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Arbeit haben einen direkten Einfluss auf ihre Fähigkeit, ihren Kernaufgaben gerecht zu werden.

Die Abdeckung der Arbeitnehmer*innen durch Kollektivverträge betrug 2019 32,1 Prozent. Damit befindet sich Tschechi-

en etwa am unteren Rande des Mittelfeldes der OECD-Länder und weit unter dem mittelfristigen Ziel von 80 Prozent, zu der sich die EU-Staaten in der beschlossenen Richtlinie über angemessene Mindestlöhne verpflichtet haben. Der erwartete Aktionsplan der tschechischen Regierung zu ihrer Umsetzung müsste entsprechend ambitioniert ausfallen, dies ist jedoch bei ihrer weltanschaulichen Ausrichtung schwer vorstellbar. In jedem Falle würde dies die Stärkung der Kollektivverhandlungen auf Branchenebene voraussetzen, die bislang auf Widerstand der Arbeitgeber stößt.

Seit dem Beginn der Kampagne »Ende der billigen Arbeit« im Jahr 2015 wurden jährlich im Schnitt relativ hohe Nominallohnzuwächse erreicht, nach Angaben der Gewerkschaften waren dabei Löhne in den Betrieben, in denen es eine Gewerkschaftsorganisation gibt, signifikant höher und die Arbeitszeiten kürzer. Dieser positive Trend kam aber mit aktuellen Reallohnverlusten im inflationären Umfeld zu einem abrupten Ende und die Gewerkschaften haben noch keine Strategie, um sie möglichst schnell wieder auszugleichen.

Auch bei den bedeutenden Erhöhungen des Mindestlohns in den letzten Jahren spielten die Gewerkschaften eine wichtige Rolle, wenngleich zusätzlich die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Regierungen ausschlaggebend war. Derzeit können sie sich, auch wegen der Couleur der aktuellen Regierung, mit ihrer Forderung nach einer Erhöhung und gleichzeitigen Fixierung des Mindestlohns oberhalb der anerkannten Armutsgrenze nicht durchsetzen.

Konsequent setzen die tschechischen Gewerkschaften die niedrigen Löhne in den europäischen Kontext und klagen eine schnellere Konvergenz zwischen Ost und West ein. Auch haben sie einen eigenen Vorschlag für eine entsprechende wirtschaftspolitische Strategie vorgelegt, die aber bislang kaum Beachtung fand. Viele gewerkschaftspolitische Themen hingegen, die man als progressiv bezeichnen könnte, wie Geschlechtergleichstellung oder Just Transition, bleiben in Tschechien eher marginal. Dies hängt zum einen mit mangelnden Kapazitäten und der hauptsächlichen Fokussierung selbst hoher Amtsträger auf die betriebliche Ebene zusammen, zum anderen aber auch mit der eher konservativen Ausrichtung der Mitgliederbasis.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Wie bereits beschrieben, kämpfen die Gewerkschaften in der postkommunistischen Gesellschaft Tschechiens nach wie vor um ein positives Image und eine breitere Akzeptanz in der Gesellschaft. Das statistisch erhobene Vertrauen der Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften ist kontinuierlich gestiegen, was sich auch an dem erwähnten Aufhalten des Mitgliederchwunds ablesen lässt. 2023 wurden gar Rekordwerte gemessen – derzeit vertrauen vollständig oder tendenziell den Gewerkschaften 54 Prozent der Bevölkerung, 10 Prozentpunkte mehr gegenüber dem Vorjahr. Damit liegen sie zwar traditionell relativ weit hinter der Polizei, Armee, den Banken und Gerichten, aber schneiden besser ab als das Parlament und insbesondere die politischen Parteien, die regelmäßig am

hinteren Ende liegen. Dies ist zwar angesichts der Krise und der Herausforderungen ein gutes Zeichen, in konkreter Mobilisierung oder Mitgliederzulauf hat es sich jedoch noch nicht materialisiert.

Das derzeitig relativ gute Ansehen der Gewerkschaften war bislang eng mit dem ČMKOS-Vorsitzenden Josef Středula verknüpft. Dieser wurde zwar mit seinem Team im April 2022 bereits zum dritten Mal und ohne Konkurrenz wiedergewählt, die verpatzte Präsidentschaftswahl brachte ihm aber zumindest gewerkschaftsintern einigen Ärger. Eine adäquate, potenzielle Nachfolge aber ist bislang nirgendwo zu erkennen. Zu den größten Herausforderungen gehört es auch deshalb, den Vertrauensgewinn in Mitgliederzuwächse umzusetzen sowie sukzessive Nachwuchskräfte aufzubauen.

Vorrangige politische Aufgaben werden für die absehbare Zeit bei der Abfederung der sozialen Krise und der Abwehr der neoliberalen Vorhaben der amtierenden Regierung liegen. Derzeit haben die Gewerkschaften politisch motiviert ihre Streikbereitschaft erklärt, was sich als Fehltritt erweisen könnte, wenn ihnen weder eine deutliche Milderung des staatlichen Sparpakets noch die Umsetzung des angedrohten Generalstreiks gelingt. Die kurz- sowie langfristigen Folgen für die Gewerkschaften sind kaum auszumalen, möglicherweise würden in einer solchen Situation auch die durch die Präsidentschaftswahl entstandenen internen Risse offen zutage treten.

Ebenso stehen langfristige Aufgaben an – neben einer wirtschaftspolitischen Strategie, die das Land aus der Billiglohnfalle befreien würde, ist hier insbesondere an die Mitgestaltung von drohenden technologischen Umwälzungen sowie des Übergangs zum CO₂-neutralen Wirtschaften zu denken. Ein Thema bleibt weiterhin auch die Integration von ukrainischen Geflüchteten in den tschechischen Arbeitsmarkt, bei der sich immer mehr Schwierigkeiten offenbaren.

Für alle diese Aufgaben sind die Rahmenbedingungen für die Gewerkschaften nicht einfach: Ihre formalen Rechte sind relativ gering, der Schwerpunkt gewerkschaftlichen Handelns auf Betriebsebene strukturell ungünstig, eine breite politische und zivilgesellschaftliche Unterstützung nicht in Sicht. Der traditionelle politische Partner, die sozialdemokratische Partei, ist beispiellos geschwächt, was sich nachteilig auf alle Auseinandersetzungen über kürzer- sowie längerfristige Aufgaben und Ziele auswirken wird.

Auf der internationalen Ebene sind die tschechischen Gewerkschaften hingegen vergleichsweise gut vernetzt. Die Einzelgewerkschaften tauschen sich regelmäßig mit ihren europäischen Pendanten aus und sind in der Regel Mitglieder der europäischen und internationalen Strukturen. Josef Středula ist seit 2019 stellvertretender Vorsitzender von ETUC, womit einem langfristigen Ungleichgewicht Rechnung getragen wurde und die Belange der Gewerkschaften aus Mittel-Ost-Europa nun stärker eingebracht werden können.

Darauf zu bauen könnte der Grundbaustein für die Strategie der tschechischen Gewerkschaften sein, allen beschriebenen Krisen und Herausforderungen zu begegnen.

Jörg Bergstermann, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Tschechischen Republik und in der Slowakischen Republik

Kateřina Smejkalová, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.